

Das Land rüstet sich für den Lizenzhandel mit dicker Luft

180 Unternehmen melden ihren Ausstoß an Treibhausgasen - CDU-Minister Müller und Grüne begrüßen das neue Instrument

STUTTGART. Die Vorbereitungen für den Handel mit Emissionsrechten laufen auch in Baden-Württemberg auf Hochtouren. Regierung und Opposition sehen darin eine große Chance, den Ausstoß von Treibhausgasen kostengünstig zu senken.

Von Andreas Müller

Offiziell beginnt der Handel mit Emissionsrechten - also Lizenzen zur Produktion von Abgasen - erst Anfang 2005. Doch das neue Instrument, mit dem die Europäische Union den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) bis 2012 um acht Prozent reduzieren will, beschäftigt die Mitgliedstaaten schon lange. Deutschland ist dabei in besonderem Maß betroffen: Von den 4500 erfassten Anlagen, vor allem Kraftwerke und Fabriken, liegen 2600 zwischen Kiel und Konstanz.

Bereits zum Jahresende mussten die Bundesländer ihre größten Abgasproduzenten nach Berlin melden. In Baden-Württemberg, hieß es stets, seien etwa 300 Anlagen betroffen. Doch von den 272 Firmen, die das Stuttgarter Umweltministerium angeschrieben hatte, haben bisher nur 178 die verlangten Daten geliefert. Während die Grünen im

Landtag von einer „äußerst geringen Beteiligung“ sprechen, zeigte sich der Sprecher von Umweltminister Ulrich Müller (CDU) mit der Resonanz zufrieden: Man habe damit etwa 95 Prozent der Emissionen erfasst; beim Rest handle es sich um kleine Betriebe, deren Ausstoß „unbedeutend“ sei.

Tatsächlich stehen vor allem bekannte Namen auf der Liste der teilnehmenden Unternehmen. Dominierend ist die Energiebranche: Die Energie Baden-Württemberg (EnBW) ist mit ihren herkömmlichen Kraftwerken ebenso vertreten wie die ehemaligen Neckarwerke Stuttgart, die Mannheimer Versorgungsbetriebe (MVV) und zahlreiche Stadtwerke. In der Industrie sind unter anderem Daimler-Chrysler, Degussa und Heidelberger Druckmaschinen mit mehreren Standorten betroffen; dazu kommen etliche Zementwerke und Papierfabriken.

Während bundesweit etwa 60 Prozent der CO₂-Emissionen vom künftigen Lizenzhandel erfasst werden, sind es im Südwesten nach Angaben der Grünen nur 40 Prozent. Der Grund ist der hohe Anteil des Atomstroms - Kernkraftwerke stoßen bekanntlich kein Kohlendioxid aus. Doch der Abgeordnete Boris Palmer steht darin „keine Lösung“: „Wir wollen Klimaschutz nicht durch Kernkraft betreiben.“ Daher sei es wichtig, dass

neue Kraftwerke, die Atommeiler beispielsweise in Obrigheim ersetzen, kostenlose Emissionsrechte bekommen.

Während in Berlin noch über den Emissionshandel gestritten wird, sind sich Regierung und Opposition in Baden-Württemberg weitgehend einig. Umweltminister Müller steht dem neuen Instrument „grundsätzlich sehr positiv gegenüber“, sagt sein Sprecher. Er sehe darin eine „große Chance für die Wirtschaft“, die ihrerseits freilich noch erhebliche Vorbehalte hat und neue Bürokratie befürchtet. Auch der Grünen-Politiker Palmer spricht von einer „Riesenchance“ für das Land: Es könne damit endlich das Ziel des Umweltplans realisieren, den Ausstoß von Kohlendioxid von 78 Millionen Tonnen bis Ende 2005 auf 70 Millionen Tonnen zu senken. Bisher, rügt Palmer, sei der geplante Abbau um „keinen Deut“ vorangekommen.

Einen „Zickzackkurs“ beschleunigen die Grünen der Regierung dagegen in der Frage, wer künftig für Überwachung und Vollzug des Emissionshandels zuständig sein solle. Noch vor wenigen Monaten habe Umweltminister Müller dafür plädiert, diese Aufgabe den Landesbehörden zu übertragen. Dies sei auch sinnvoll, um den bürokratischen Aufwand einzudämmen. Inzwischen vertrete Stuttgart in Berlin aber genau die entgegenge-

setzte Position: Der Bund solle es richten. Den Grund für diesen „Sinneswandel“ vermutet Palmer in der Verwaltungsreform: Nach der „Zerschlagung der Gewerbeaufsicht“ sei diese wohl nicht mehr in der Lage, den Emissionshandel zu regeln.

„Damit hat das nichts zu tun“, widerspricht der Sprecher von Umweltminister Müller. Er verwies vielmehr auf „übergeordnete Überlegungen“. Zuständig für die Position des Landes auf Bundesebene sei das Staatsministerium: „Das entscheidet letztlich der Ministerpräsident.“ Die Beratungen seien aber noch nicht abgeschlossen. In einer großen Anfrage verlangen die Grünen nun Auskunft über den Kurswechsel. Sie wollen das Thema damit zugleich „auf die landespolitische Tagesordnung setzen“, wo es bisher noch keine Rolle spiele.

Das stimmt indes nicht ganz. Bereits vor anderthalb Jahren hat Umweltminister Müller die Wirtschaft auf das neue Instrument eingestimmt: In einem groß angelegten Spiel konnten Unternehmen aus dem Land damals den Emissionshandel üben; Teilnehmer waren unter anderem Daimler-Chrysler, die EnBW und die Heidelberger Druckmaschinen. Das Fazit des Ministers: man habe „wesentliche Erkenntnisse für die Ausgestaltung“ gewonnen.